

Antrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Helias, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Joachim Hörster, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Peter Weiß (Emmendingen), Hermann Gröhe, Monika Brudlewsky, Dr. Heiner Geißler, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Rainer Eppelmann, Dr. Erika Schuchardt und der Fraktion der CDU/CSU

Gezielter und intensiver als bisher Demokratisierung und Wiederherstellung des Rechtsstaates in Simbabwe unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die politische und wirtschaftliche Krise, in die Präsident Robert Gabriel Mugabe und seine Regierung Simbabwe gerissen haben, wird immer tiefer. Immer noch werden Unsummen in den umstrittenen Einsatz der simbabwischen Armee im Kongo-Konflikt investiert. Gleichzeitig stehen Wirtschaft und Währung Simbabwes kurz vor dem Kollaps. Die Arbeitslosenquote beträgt über 50 Prozent, die Inflationsrate gar bis zu 80 Prozent. Hinzu kommt, dass die im südlichen Afrika besonders grassierende Aids-Seuche die simbabwische Bevölkerung in apokalyptischem Ausmaß dezimiert – was zu einem erheblichen Teil der Regierung Robert Gabriel Mugabe zugeschrieben wird, da diese das Epidemierisiko über lange Zeit totgeschwiegen hat. Die von Präsident Robert Gabriel Mugabe letztes Jahr eingeführte Aids-Steuer soll nach Angaben von Beobachtern inzwischen in den Kanälen der Regierungsbürokratie versickert und nicht bei den Kranken angekommen sein.

Cirka 1 700 illegal und entschädigungslos besetzte Farmen sind immer noch nicht an die rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben worden. Dort ist der Farmbetrieb fast überall eingestellt. Angesichts der Tatsache, dass das fruchtbare Simbabwe ca. zwei Drittel seiner Exporteinnahmen mit Produkten gerade dieser Farmen erwirtschaftet hat, drohen die Farmbesetzungen der Wirtschaft den endgültigen Dolchstoß zu verpassen. Trotzdem hält Präsident Robert Gabriel Mugabe an seinem Plan einer Enteignung von insgesamt bis zu 3 000 Farmen fest. Der Tourismus, eine weitere Stütze der Wirtschaft, ging um über 80 Prozent zurück.

Auch die Bewahrung der Demokratie und der Unabhängigkeit der Rechtsprechung sind in Simbabwe ernsthaft gefährdet. Seit mehreren Monaten versucht die Regierung nun schon, jede Form von Opposition zu behindern. Die politischen Gegner des Regimes, insbesondere die Mitglieder der bedeutendsten Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) unter Morgan Tsvangirai, werden systematisch mit Gewalttaten seitens der Regierungsparteianhänger, des Militärs und der Polizei verfolgt und eingeschüchtert. Die weni-

gen unabhängigen Medien sehen sich Benachteiligungen (keine Devisenzuteilung für Papier oder Druckerschwärze etc.) und Übergriffen (Bombenanschläge, Überfälle, Übergriffe auf Reporter etc.) ausgesetzt.

Auch gegen Menschenrechtsaktivisten und kritische Kirchenführer, wie z. B. Erzbischof Pius Ncube von Bulawayo, wird mit gewalttätigen Übergriffen und Morddrohungen vorgegangen. Darüber hinaus versucht Präsident Robert Gabriel Mugabe, nicht die Unabhängigkeit der Rechtsprechung des Landes zu erhalten. Seine Regierung und seine Schlägertrupps bedrohen Leib und Leben der Richter und ihrer Familien, die der Regierung nicht genehme Urteile zur Landreform und zu Landbesetzungen, zur Inhaftierung von Journalisten, zum Entzug der Staatsangehörigkeit und zur Rundfunkfreiheit gefällt haben. Diese Urteile wurden wiederum von Regierung, Polizei und Armee regelmäßig missachtet. Richtern asiatischer Herkunft und weißen Richtern wurde gedroht, die Staatsangehörigkeit zu entziehen und sie des Landes zu verweisen. Auch der Oberste Richter des Landes, Anthony Gubbay, der im Ruf eines unabhängigen, konsequenten Richters steht, wurde von Präsident Robert Gabriel Mugabe vor Ablauf seiner Amtsperiode zum Rücktritt gezwungen. Als Nachfolger wurde ein Freund Robert Gabriel Mugabes eingesetzt.

Simbabwe leidet auch darunter, dass die Zahl junger gut ausgebildeter schwarzer Auswanderer (Ärzte, Ingenieure, Journalisten und Krankenschwestern) sich im letzten Jahr ungefähr verdoppelt hat.

Zwar kritisieren die Repräsentanten der bilateralen und multilateralen Gebergemeinschaft immer wieder die Politik der simbabwischen Regierung und ihres Präsidenten. Rigorose Gegenreaktionen haben jedoch nur wenige ergriffen. Auch die Bundesregierung lässt zwar die Finanzielle und einen Teil der Technischen Zusammenarbeit ruhen, zeigt aber ansonsten wenig Bereitschaft für ein durchgreifendes Engagement gegen Präsident Robert Gabriel Mugabes Regierungsstil und für eine nachhaltige Unterstützung der Zivilgesellschaft und demokratischen Kräfte in Simbabwe. Einige europäische Gebernationen scheinen sogar eifrig bemüht zu sein, sich guter Beziehungen zu Präsident Robert Gabriel Mugabe zu versichern. Eine einheitliche Phalanx der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber der Regierung in Simbabwe ist daher momentan kaum zu erkennen. Dabei lässt sich nicht ausschließen, dass Simbabwes gravierende Probleme in andere Länder des südlichen Afrikas wie z. B. Namibia und Südafrika exportiert werden. Die Vorkommnisse in Simbabwe haben bereits zu Kursenbrüchen an der Johannesburger Börse und dem Rückzug zahlreicher ausländischer Investoren aus den beiden Nachbarländern geführt. Auch wurden dort vermehrt Rufe nach einer zwangsweise durchgeführten, entschädigungslosen Landenteignungen insbesondere der weißen Farmer nach simbabwischem Vorbild laut. Dabei liegt auf der Hand, dass vernünftige und friedliche Landreformen in von Großgrundbesitz geprägten Entwicklungsländern wie Simbabwe, Südafrika und Namibia dazu beitragen können, die Armut der Landbevölkerung zu lindern und die Agrarproduktion sogar anzukurbeln. Sie müssen sich jedoch am geltenden Recht orientieren, freiwillig ablaufen und durch ein qualifiziertes Ausbildungsprogramm sowie Agrarkreditprogramm für die Neubauern begleitet werden. Auch hierzu lassen die Bundesregierung wie auch der Rest der Gebergemeinschaft gezielte Ansätze vermissen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf bilateraler Ebene weitaus deutlicher und engagierter als bisher gegenüber der simbabwischen Regierung für eine Respektierung der Demokratie und Menschenrechte, für Rechtsicherheit, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung einzusetzen und gegen die Aufstachelung zu Gewalttaten und weitere Farmbesetzungen sowie gegen ein weiteres militärisches Engagement im Kongo auszusprechen,

2. stärker als bisher in internationalen Konsultationen darauf hinzuarbeiten, dass auch die anderen Gebernationen, die EU sowie die multilateralen Institutionen, insbesondere die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, sich zu einer einheitlichen Position in der unter 1. beschriebenen Richtung verpflichten,
3. die staatliche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Simbabwe auf ein für die Armutsbekämpfung notwendiges Mindestmaß zurückzufahren und dafür die Kooperation mit der simbabwischen Zivilgesellschaft über Kirchen, politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen massiv zu verstärken,
4. in Koordinierung mit anderen bi-, supra- und multilateralen Gebern auf die SADC-Regionalorganisation sowie ihre Mitgliedstaaten einzuwirken, auf Präsident Robert Gabriel Mugabe Einfluss in der unter 1. genannten Richtung zu nehmen,
5. in Simbabwe und anderen betroffenen Ländern der Region wie z. B. Namibia auf die Durchführung freiwilliger, von der Rechtsordnung gedeckter Landreformen hinzuwirken und diese für den Fall des Vorliegens solider politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen finanziell sowie mit qualifizierten Ausbildungsprogrammen und Agrarkreditprogrammen zu unterstützen.

Berlin, den 3. April 2001

Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Norbert Blüm
Siegfried Helias
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Joachim Hörster
Rudolf Kraus
Dr. Manfred Lischewski
Marlies Pretzlaff
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Dr. Christian Ruck
Peter Weiß (Emmendingen)
Hermann Gröhe
Monika Brudlewsky
Dr. Heiner Geißler
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Rainer Eppelmann
Dr. Erika Schuchardt
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

